

Und plötzlich zeigt sich in der Kirche ein Riss

Richtungsstreit bei Reformierten Für zwei Spitzenämter in der reformierten Berner Kirche bewerben sich drei Personen. Es kommt zu einer Kampfwahl – die tief blicken lässt.

Dölf Barben



Ursula Marti ist Grossrätin und ehemalige Präsidentin der SP Kanton Bern, Christian Cappis ist Synodepräsident und Anwalt. Foto: A. Moser, zvg

Es hätte am 25. Mai alles ganz geräuschlos gehen können. Im Synodalrat der reformierten Kirchen Bern-Jura-Solothurn sind zwei Sitze zu besetzen. Zwei Kandidatinnen stehen parat. Die eine ist Renate Grunder, Kirchengemeinderatspräsidentin und Psychologin aus Aarwangen, die andere ist Ursula Marti aus Bern, bekannt als Grossrätin und ehemalige Präsidentin der SP Kanton Bern. Sie ist von Beruf PR-Beraterin.

Und nun das: Seit einigen Tagen herrscht Aufregung in der Kirchenszene. Denn es gibt einen Kampfkandidaten – Christian Cappis. Dieser tritt gegen Ursula Marti an – ausdrücklich gegen sie und nicht gegen Renate Grun-

der, die von der Gruppe Offene Synode portiert wird. Cappis ist Anwalt in Wohlen und dort seit Jahren in der Kirchengemeinde tätig; er ist zudem der amtierende Synodepräsident.

Cappis wird unterstützt von einer kleinen Gruppe, die der Unabhängigen Fraktion angehört. Es ist ausgerechnet diese Fraktion, die Ursula Marti als Kandidatin vorgeschlagen hat. Cappis ist inzwischen aus der Fraktion ausgetreten.

Seit Cappis Kandidatur bekannt ist, sind Briefe verschickt und Erklärungen abgegeben worden. Es geht um Begriffe wie «Richtungswahl». Oder es heisst, Cappis sei «kein Parteipolitiker», sondern einer, der die Interessen

eines gesamten Gemeinwesens wahrnehmen könne. Damit wird klar, was gemeint ist: Marti wird als Parteipolitikerin betrachtet, die nicht fähig ist, das Gesamte in den Blick zu nehmen.

Establishment gegen Basis

Und plötzlich zeigt sich die Kluft, die hier aufgerissen wird. Es ist, als ob die bernischen Reformierten ein Nachbeben zu spüren bekämen. Im letzten Herbst, vor der Abstimmung über die Konzernverantwortungsinitiative, waren die Kirchen schweizweit durch einen Streit erschüttert worden. Die heftig diskutierte Frage lau-

«Frau Marti steht für Politik – ich für



Basisarbeit.»

Christian Cappis

amtierender Synodepräsident und
Anwalt in Wohlen

tete, wie stark sie sich in die Politik einmischen dürfen. Damals hingen an vielen Kirchtürmen Pro-Transparente. Die Initiative wurde abgelehnt.

Einer, der in den Medien als Gegner einer solchen Einmischung prominent in Erscheinung trat, war Bruno Bader, Pfarrer in Saanen-Gsteig – er ist einer von Cappis Unterstützern. Im Gespräch mit ihm wird deutlich: Marti wird als «Vertreterin eines Kirchen-Establishments» wahrgenommen. Von Cappis sagt Bader hingegen, er verkörpere nicht eine urbane Elite, sondern repräsentiere das Kirchenvolk. Er verweist auf Untersuchungen, die gezeigt haben, dass eine Mehrheit der Kirchenmitglieder anders zur Konzerninitiative stand als die «kirchliche Elite». Letztlich gehe es um die Frage, sagt Bader, was künftig gestärkt werden solle: die Kirchgemeinden, also die Basis, oder die Zentrale.

Christian Cappis betont diesen Unterschied ebenfalls. «Man

muss den Kirchgemeinden nicht sagen, was sie zu tun haben, sondern sie fragen, was sie brauchen.» Nur dann habe die Kirche eine Chance. Wenn aber von einer urbanen Kirchenelite weiterhin politische Direktiven herausgegebenen würden, «verlieren wir auf dem Land tonnenweise Leute». Die Kirche dürfe nicht zu einem Anhängsel der Politik verkommen, sagt er, was zähle, sei «saubere Arbeit an der Basis». Die Wahl sei so gesehen einfach: «Frau Marti steht für Politik – ich für Basisarbeit.»

«Topkandidatin Marti»

Marlis Camenisch ist Präsidentin der Unabhängigen Fraktion. Ursula Marti sei die Wunschkandidatin einer klaren Mehrheit der Fraktion, sagt sie. Mit den Beweggründen von Cappis und der Gruppe um ihn bekundet sie Mühe. Cappis' Vorgehen werde von einem grossen Teil der Synodalen skeptisch beurteilt. Die Unabhängige Fraktion halte an Marti fest, «sie ist eine Topkandidatin».

Den Vorwurf, Marti kandidiere als Parteipolitikerin weist Camenisch, die in Spiez wohnt, zurück. Sie käme ja nicht als Politikerin in den Synodalrat,

«sondern als Frau, die viel Erfahrung mitbringt und bereit ist, sich einzusetzen». Als Grossrätin und ehemalige Parteipräsidentin bringe sie Kenntnisse mit, die für die Kirche nur von Vorteil wären. Und wie nah- und greifbar jemand für die sogenannte Basis sei, hänge von der Person ab und nicht von ihrem Wohnort. Die neue Synodalratspräsidentin Judith Pörksen etwa habe – obschon sie in Bern lebe – einen sehr guten Draht zu den Kirchgemeinden im Kanton draussen entwickelt.

Ursula Marti macht keinen Hehl daraus, dass sie die Konzernverantwortungsinitiative unterstützt hat. Mit der Unterscheidung zwischen Establishment und Basis und der Beschwörung eines Stadt-Land-Grabens bekundet sie jedoch Mühe. «Als Politikerin und in ehrenamtlichen Engagements habe ich jahrelang Basisarbeit zugunsten von Leuten geleistet, die Hilfe benötigten.» Solche Erfahrungen könnte sie mitnehmen in dieses neue Amt. Marti sieht sich als «normales Kirchenmitglied», das der Kirche – sie ist Mitglied der Berner Paulusgemeinde – stets nahestand.



Synode und Synodalrat

Die evangelisch-reformierten Kirchen Bern-Jura-Solothurn sind demokratisch verfasst, so wie die beiden anderen Landeskirchen, die römisch-katholische und die christkatholische Kirche. Die reformierte Kirche hat ein Parlament mit 200 Mitgliedern, die Synode, und eine Regierung mit sieben Mitgliedern, den Synodalrat. Die beiden Gremien finden ihre Entsprechung im Kanton beim Grossen Rat und dem Regierungsrat. Aber anders als beim Regierungsrat werden die Mitglieder des Synodalrats nicht vom

Kirchenvolk, sondern vom Parlament gewählt.

Das Präsidium des Synodalrats, das seit letztem Oktober von Judith Pörksen Roder besetzt wird und damit erstmals von einer Frau, ist ein Vollamt. Die übrigen Mitglieder sind im Nebenamt tätig. Um in der Kirchenregierung tätig zu sein, muss jemand nicht Theologie studiert haben. Als ideal betrachtet wird ein Gleichgewicht zwischen Pfarr- und anderen Berufsleuten. Gegenwärtig ist dieses Verhältnis einseitig: Fünf der sechs Mitglie-

der – ein Sitz ist vakant – sind Pfarrpersonen.

Die Synode ist in sechs Fraktionen aufgeteilt: die Unabhängigen (46 Sitze); die Liberale Fraktion (42), die Positive Fraktion (34); die Gruppe Offene Synode (27); die Kirchliche Mitte (20) und die Jurassische Fraktion (12). Zählt man die Sitze zusammen, kommt man nicht auf 200. Der Grund liegt darin, dass 13 Synodale noch keiner Fraktion angehören. Anders als beim Grossen Rat steht das nicht von Beginn weg fest. Ausserdem gibt es eine Handvoll Vakanzen. (db)